



## Wie war es? – Wie könnte es sein?

Von Jörg Radek, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei

**Zum Jahreswechsel ist es üblich zu bilanzieren, wie das Jahr verlief. Es ist richtig die Dinge abzuschließen, um Energie zu sammeln und Kräfte für die neuen Aufgaben zu bündeln. Doch was ist, wenn die neuen Aufgaben auch die alten sind?**

Zunächst ist es wichtig festzustellen, was war. Schon im November 2015 forderte die GdP einen zügigen und unbürokratischen Ausgleich der vielen Überstunden. Die Folge: Mit einem Federstrich – per Erlass im August – sollen Teile geleisteter Stunden verfallen. In einem Rundschreiben, nebst Erlass, hat das Bundesinnenministerium ganz erhebliche Restriktionen zum „Ausgleich von angeordneter oder genehmigter Mehrarbeit“ sowohl für Mehrarbeit nach § 88 BBG als auch für Freizeitausgleichsansprüche nach § 11 BPolBG sowie für die Ansprüche auf Mehrarbeitsvergütung angewiesen. Nach Auffassung der GdP sind große Teile der darin enthaltenen Festlegungen nicht mit der geltenden Rechtslage in Übereinstimmung zu bringen. Zweites Beispiel: Beschäftigte im Wechselschichtdienst der Bundespolizei warten seit Monaten auf die korrekte Berechnung und Auszahlung der unständigen Bezüge. In diesem Zusammenhang standen im August endlich die Termine für die Auszahlung der in der Einkommensrunde 2016 erstrittenen Tarif- und Besoldungserhöhungen fest. Jüngstes Beispiel: Seit 13 Jahren besteht im Verteidigungsressort ein Wahlrecht zwischen Trennungsgeld und Umzugskosten. Nunmehr soll eine Rechtsgrundlage geschaffen werden. Dieser Umstand kann nur begrüßt werden. Die Frage, die sich stellt: Gibt es nur im Verteidigungsministerium eine Betroffenheit? Viele Beamtinnen und Beamten sind aufbauorganisatorischen Änderungen ausgesetzt. Heimatferne

und familientrennende Verwendungen sind leider charakteristisch für die Bundespolizei. Vielfach kommt es auch zu Umzugshindernissen, die in der Hochpreisstruktur – und insbesondere am Wohnungsmarkt – bestimmter Dienststellen liegen. Anders ausgedrückt: Beamtinnen und Beamte können sich ohne finanzielle Verluste bezahlbaren Wohnraum nicht leisten. Außer der GdP hat niemand bei dieser Änderung der Trennungsgeldverordnung an die Betroffenen gedacht. Oder die Höhergruppierung von Tarifbeschäftigten: Der Haushaltsgesetzgeber bestimmt hierzu über die Stärke des Personals und hat eine Stellenhebung beschlossen. Unverständlich ist es, dass das Verwaltungshandeln nicht dem politischen Willen folgt. Dauerthema „Personalstärke“: Es ist bewiesen, wie sehr ein Personalmehrbedarf in der Bundespolizei besteht. Die Bewältigung von Lagen und des Alltagsgeschäfts sind ein Beispiel für die Leistungsbereitschaft unserer Kolleginnen und Kollegen. Die Aufgabendichte und die Arbeitsmenge im Regeldienst sind ursächlich für unsere Überlastung. Die Bundespolizei ist trotz dieser Belastung handlungsfähig. Dies ist einzig und allein das Verdienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es sind die Menschen, die dafür sorgen, dass dieser Staat nicht versagt. Auch in diesem Jahr wurde mit großer Selbstverständlichkeit permanent viel abgefordert, da an jeder Ecke Personal fehlt. – Soweit ein knapper Rückblick.

Wie wäre es für die Zukunft, dass diesen Menschen zu Antworten auf berechnete Fragen zur beruflichen Weiterentwicklung durch Aufstiegsverfahren, Arbeitszeit, Eingruppierung und, und, und ... mehr Wertschätzung entgegengebracht würde? Das Mindeste was die Menschen im Umgang mit Überstunden, Auszahlung ihrer Bezüge, Änderungsabsichten bei Arbeitsabläufen, Abordnun-



Foto: F. Radke

gen oder Eingruppierungen erwarten dürfen, ist Betroffenheit von Vorgesetzten, Dienststellen- und Behördenleitern. Gleichgültigkeit gegenüber der Mitarbeiterbetroffenheit ist das Gegenteil von Fürsorge. In den Folgen ihrer Arbeit, die oftmals fremdbestimmt ist, dürfen unsere Kolleginnen und Kollegen nicht auch noch alleingelassen werden. – Wie wär's, wenn sich daran im neuen Jahr etwas ändern würde?



**PERSONALMANGEL BEIM ZOLL**

**Der Zoll ist mit seinen über 40 000 Beschäftigten eine bedeutende Bundesverwaltung in der Fläche. Von diesem Personal ist unter Berücksichtigung der notwendigen inneren Verwaltungsaufgaben knapp die Hälfte in den vollzugspolizeilichen Aufgaben des Zolls eingesetzt.**

Allein 15 000 sind vor Ort in den Einheiten Kontrollen (SG-C) und Ermittlungen (SG-E) bei den Hauptzollämtern sowie in den Einsatz- und Ermittlungseinheiten der Zollfahndungsämter (SG 200 und höher). Hinzu kommen noch die ca. 1200 in den Direktionen III (Kontrollen), VII (FKS)

und VIII (Zollkriminalamt) in der Generalzolldirektion. Wenn man jetzt noch anteilig die notwendigen Kräfte für die innere Verwaltung und die Aus- und Fortbildung hinzurechnet, kommt man auf ungefähr die Hälfte der Beschäftigten beim Zoll, die in den vollzugspolizeilichen Diensten eingesetzt sind. Trotz dieser beachtenswerten Zahlen reicht das Personal beim Zoll gerade hier nicht aus. Das Hinzukommen vieler Aufgaben in den letzten Jahren, eine sich verändernde Kriminalitätslage und die wachsenden Aufgaben vor dem Hintergrund sich verschärfender Sicherheitslagen machen es erforderlich, das Personal konzept in den Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdiensten zu überdenken.

**Allein die Tatsache, dass der Zoll einen flächendeckenden Kontroll- und Streifendienst im Binnenland und an den Grenzen (Kontrolleinheiten) betreibt, der weder durchgängig über eigene Zollwachen (Reviere/Inspektionen) noch über taugliche, vernetzte und gesteuerte Melde- und Befehlswege verfügt, verlangt eine deutliche Aufstockung dieser Einheiten.**

Bereits der Personalzuwachs, um die Kontrolleinheiten bundesweit rund um die Uhr ausreichend einsatzfähig zu halten und zu sichern, sodass diese eine besetzte Wache anfahren können, bedarf eines Zuwachses von rund 2000 Einsatzkräften. Nach einem Bundesrechnungshofbericht sind auch die Vollmobilen Röntgenanlagen nicht ausreichend ausgelastet. Um das sicherzustellen, werden hier weitere 100 Einsatzkräfte benötigt. Die Flughäfen brauchen ebenfalls eine Verstärkung von mindestens 200 Kontrollbeamten und hierbei sind noch keine Kräfte mit eingerechnet, die durch Flughafenerweiterungen oder Neubauten erforderlich sind. Für zuwachsende Aufgaben im Zollfahndungsdienst bei der Bekämpfung des Schmuggels, der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, der Bereitstellung von Technik- und Spezialeinheiten sowie im Hinblick auf die zunehmenden Ermittlungsverfahren durch mehr Kontrollen durch Zoll und Bundespolizei und die Stärkung der Zentralen Dienste und Stäbe in den Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdiensten, werden auch in diesem Bereich ca. 1200 Stellen mehr benötigt. Zu guter Letzt fehlen im Bereich der



**Noch sind im operativen Bereich des Zolls nicht alle Lichter ausgegangen. Engagierte Kolleginnen und Kollegen sorgen dafür, dass es soweit nicht kommt. Doch jetzt müssen endlich die durch uns vorgetragenen Bedenken ernst genommen werden.**

**Foto: GdP**

Kraftfahrzeugsteuererhebung ebenfalls 400 bis 500 Beamte. Durch diese Zahlen wird deutlich, dass zu den ohnehin ständig fehlenden ca. 10% zum errechneten Soll (ca. 4000) weitere 4000 Kräfte fehlen, die dringend für eine professionellere Aufgabenerfüllung benötigt werden.

Nun verhält es sich im Zoll anders als bei den übrigen Bundesverwaltungen und der Bundeswehr. In allen anderen Verwaltungen fordern die jeweiligen Minister als Ressortchefs vom Bundesfinanzminister mehr Geld für Personal und Sachmittel. Kraftfahrtbundesamt, Bundeswehr, Bundespolizei, BAMF, Arbeitsagentur, Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, und, und, und ... – immer fordern Minister, oftmals unterstützt von den zuständigen Ausschüssen im Deutschen Bundestag und auch den Gewerkschaften der jeweiligen Beschäftigten, den obersten Kassenwart auf, die Mittel im Haushalt bereitzustellen. Der Haushalt wird am Ende dann Gesetz. Insofern hat das Parlament ohnehin das letzte Wort.

Beim Zoll ist der Finanzminister aber Ressortchef und Kassenwart zugleich. Er muss sich also gar nicht erst bemühen, Forderungen aus Politik und Gewerkschaften unberücksichtigt zu lassen. Ein einfaches Argument des Chefs wie: „Das braucht der Zoll nicht“, gegenüber dem Haushalts- oder auch Finanzausschuss im Deutschen Bundestag, erschlägt jede politische Debatte. Diese Abgeordneten berichten, dass selbst ernste For-



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

**Geschäftsstelle:**  
Forststraße 3a,  
40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-0  
Telefax (02 11) 71 04-555

**Redaktion:**  
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)  
Forststraße 3a,  
40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-0  
Telefax (02 11) 71 04-5 55  
Internet: [www.gdp-bundespolizei.de](http://www.gdp-bundespolizei.de)  
E-Mail: [info@gdp-bundespolizei.de](mailto:info@gdp-bundespolizei.de)  
Martin Schmitt  
Mobil (01 72) 8 99 05 23  
E-Mail: [schmitt-karlstein@freenet.de](mailto:schmitt-karlstein@freenet.de)

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. Januar 2016  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836



## PERSONALMANGEL BEIM ZOLL

derungen aus der Politik, die eine vernünftige Stärkung des Zolls zum Ziel haben, gerne und großzügig durch das Finanzministerium geblockt werden. Während so mancher Minister geknickt aus der Kabinettsrunde in sein Ministerium mit leeren Händen zurückkehren muss, kann sich der Finanzminister immer freuen: Er spart auch dann, wenn es zu Lasten seiner eigenen Leute geht, die – wegen der Vorstellung der Finanz-

bürokraten – immer wieder aufs Neue beweisen müssen, dass man auch komplexe und umfangreiche Aufgaben in sicherheitsrelevanten Feldern mit erheblichen Gefahren und Gefährdungen mal so eben auf kleinster Flamme erledigen kann.

**Sicherheitsstandards, wie wir sie in anderen Vollzugsbehörden des Bundes kennen, werden**

**dabei immer gerne über Bord geworfen oder erst gar nicht berücksichtigt. Und das alles, weil Schäuble seine „schwarze Null“ verteidigen will.**

Die Opfer sind die Kolleginnen und Kollegen draußen im Einsatz. Jeden Tag. – Bis wieder etwas passiert.

**FB**

## WILLKOMMEN IN DER GdP-FAMILIE – GLEICH MIT NACHWUCHS

**Im August dieses Jahres gingen im Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Neustrelitz (BPOLAFZ NZ) seltsame Dinge vor sich. Da waren plötzlich Kinderstimmen auf dem Unterkunftsgelände zu hören.**

Spätestens am 1. September 2016 wusste jeder, dass er sich nicht verhöhrt hatte. Lisa-Marie Liss (24, links im Bild) stellt sich der Herausforderung, die Ausbildung im mittleren Polizeivollzugsdienst zu absolvieren und zwar gemeinsam mit ihrer Tochter Isabell (6, Bildmitte). Der Plan, wie das gehen kann, steht, und auch die Rahmenbedingungen sind gut. In Gesprächen mit ihren Ausbildern sind Pläne zur Gestaltung des Tagesablaufs erstellt worden, denn eines ist klar: Es klappt nur mit guter Vorbereitung sowie Gesprächs- und Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten. Die kleine Familie ist in einem eigens dafür vorgesehenen Bereich in der Liegenschaft des BPOLAFZ NZ untergebracht und mithilfe der Vertreterin der Gleichstellungsbeauftragten Carola Krusch, ist lange im Voraus des Ausbildungsbeginns die Kinderbetreuung in einer Kita vor Ort geregelt worden. Jedem hier ist klar, dass die vielzitierte Vereinbarkeit von Beruf und Familie in diesem besonderen Fall nicht ganz reibungslos laufen kann und wird. Die Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) stellt

sich als starker Partner an die Seite der beiden. Nach knapp vier Wochen Ausbildung fragte Claudia Schlapmann (rechts) nach, wie es denn so läuft?

**Lisa-Marie Liss:** Es läuft ganz gut. Selbstverständlich ist es sowohl organisatorisch als auch logistisch eine enorme Herausforderung, aber ganz allmählich pendeln wir uns ein. Viele Kolleginnen und Kollegen sind sehr zuvorkommend. Zum Beispiel hat mir kürzlich der Hausmeister ein ausgerangiertes Kinderfahrrad von zu Hause mitgebracht. Jetzt kann ich joggen und meine Tochter fährt neben mir her. Ich bin von der Hilfsbereitschaft ganz beeindruckt.

**Claudia Schlapmann:** Wie bekommen Sie die Ausbildung und das Familienleben unter einen Hut?

**Lisa-Marie Liss:** Das geht nur mit ganz genauer Planung und der Einhaltung unseres Zeitplanes. Es darf nichts Unvorhergesehenes passieren. Ich nutze jede freie Minute, zum Beispiel lerne ich Definitionen für die theoretischen Fächer während des Zähneputzens. Viele Anwärtinnen und Bewerber haben sich noch nicht mal mit dem Thema Familienplanung beschäftigt.

**Claudia Schlapmann:** Wie waren die Reaktionen Ihrer Kolleginnen und Kollegen?



Foto: GdP

**Lisa-Marie Liss:** Die meisten waren erst einmal entsetzt, einige fragten sogar, ob es denn überhaupt erlaubt wäre, dass ein Kind in der Liegenschaft wohnt. Ganz schnell stellte sich bei dem überwiegenden Teil eine positive Grundhaltung ein. Einzelne urteilen jedoch auch anders über meine Lebensplanung, das ist mir jedoch egal. Isabella und mir geht es gut hier. Ich bin dankbar, diese Chance im Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Neustrelitz zu bekommen. Ich werde hier gut unterstützt und wir fühlen uns inzwischen richtig wohl hier.

**Claudia Schlapmann:** Wir danken Ihnen für dieses Gespräch und wünschen für den Ausbildungsverlauf alles erdenklich Gute.

**CS**



**Gut, dass es sie gibt.**  
**Gewerkschaft der Polizei**



**TARIFGRUPPE GdP-DIREKTIONSGRUPPE KOBLENZ**

**Mitte Oktober 2016 fand die bereits traditionelle gewerkschaftspolitische Herbsttagung der Tarifgruppe der Direktionsgruppe (DG) Koblenz der Gewerkschaft der Polizei (GdP) unter Leitung von Hans-Gerd Müller statt.**

Als Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren diejenigen Kolleginnen und Kollegen aus den Kreisgruppen im Zuständigkeitsbereich der DG Koblenz eingeladen, die auch für das Tarifwesen Verantwortung tragen. Die Nachbetrachtung der Tarifrunde



**Der Vorsitzende unserer Koblenzer Tarifgruppe, Hans-Gerd Müller (links), bedankt sich bei Frank Bühler (rechts) für seine allumfassende VBL-Information. Foto: GdP**

2016 für den Bund und die kommunalen Arbeitgeber, die Auswertung und Analyse der Personalratswahlen im Bereich der Bundespolizei im Mai 2016, standen neben weiteren gewerkschaftlichen Themen auf einer umfangreichen Tagesordnung. Das erzielte Ergebnis der Tarifrunde 2016 fand bei unseren Kolleginnen und Kollegen grundsätzliche Zustimmung, obwohl die Forderung nach einem Mindest-/Sockelbetrag zur Stärkung der unteren Einkommensgruppen nicht erfüllt werden konnte und im Bereich der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)-West bis 2018 zusätzliche Arbeitnehmerbeiträge zur Umlage erhoben werden. Dass die Laufzeit wieder für zwei Jahre abgeschlossen wurde, ist der unabdingbaren Forderung der Arbeitgeberseite geschul-

det, die keine parallel stattfindenden Tarifverhandlungen mit dem Bund und den Ländern bzw. den kommunalen Arbeitgebern führen wollen.

Bei den Personalratswahlen in der Bundespolizei im Mai 2016 – bei der Gruppe der Arbeitnehmer – konnte, wie auch schon im Jahr 2012, im Geschäftsbereich der Bundespolizeidirektion Koblenz nicht nur die höchste Wahlbeteiligung, sondern in allen Stufen der Personalvertretungen auch das beste Wahlergebnis erzielt werden. So lag die Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Bundespolizei-Hauptpersonalrat (BHPR) beim Bundesministerium des Innern, zum Bezirkspersonalrat (BPR) beim Bundespolizeipräsidium Potsdam sowie zum Gesamtpersonalrat bei der Bundespolizeidirektion (BPOLD) Koblenz (GPR) bei 78,57%. Die GdP konnte bei der Wahl zum BHPR 85,87%, zum BPR 81,91% und zum GPR 86,17% erzielen. Bei den Wahlen der örtlichen Personalräte der nachgeordneten Bundespolizeiinspektionen und beim Stab der BPOLD Koblenz konnten die GdP-Vertreter bei den Listen der Arbeitnehmer alle möglichen Sitze für sich gewinnen. Hans-Gerd Müller bedankte sich nochmals recht herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen aus den Kreisgruppen für die Unterstützung, da nur mit deren Hilfe dieses herausragende Ergebnis ermöglicht werden konnte. Auf dieses Ergebnis sind wir stolz, denn es spiegelt die breite Zustimmung der Beschäftigten für die bisherige gewerkschaftliche und personalrätliche Tätigkeit wider. Trotzdem heißt es, sich nicht auf dem guten Ergebnis auszuruhen, sondern getreu dem Motto „Nach der Wahl, ist vor der Wahl“ die begonnene Arbeit zum Wohl unserer Kolleginnen und Kollegen fortzuführen. So konnte bereits in der noch jungen Amtszeit ein weiterer Erfolg erzielt werden. Im Geschäftsbereich der BPOLD Koblenz gelang es erstmals die Verkürzung des Stufenaufstieges gemäß § 17 Abs. 2 TVöD „Allgemeine Regelungen zu den Stufen“ zu realisieren. Ein ausführlicher Bericht hierzu erfolgte bereits im Bezirksjournal Bundespolizei (Ausgabe 9/2016).

Den Schwerpunkt der Tagung bildete das Thema Zusatzversorgung der Tarifbeschäftigten.

Zu diesem Tagesordnungspunkt konnte mit Frank Bühler ein kompetenter Referent aus der Abteilung

Kundenmanagement der VBL Karlsruhe gewonnen werden, der umfassend und informativ zu dieser komplexen Thematik referierte. Insbesondere stellte er die aktuellen Veränderungen dar und beantwortete im Anschluss an seinen Vortrag spezielle Fragen aus dem Teilnehmerkreis.

### Zusatzversorgung VBL

Angesichts der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, muss sich die Altersvorsorge auf mehrere Säulen stützen. Deshalb ist betriebliche Altersversorgung heute wichtiger denn je. Dafür steht die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder. Die VBL ist die größte deutsche Zusatzversorgungskasse. Grundlage der betrieblichen Altersversorgung sind die Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und den Gewerkschaften. Die von den Tarifvertragsparteien vereinbarte Altersversorgung „VBLklassik“ ist für alle Tarifbeschäftigten von Bund und Ländern (außer Hamburg und Saarland) obligatorisch. Sie ist speziell auf den öffentlichen Dienst zugeschnitten.

### Historie der VBL

Die VBL wurde 1929 in der Weimarer Republik unter dem ursprünglichen Namen Zusatzversicherungsanstalt des Reichs und der Länder (ZRL) in Berlin gegründet. Anfang der 50er-Jahre bekam die VBL ihren Namen und zog nach Karlsruhe. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands wurde 1997 die Zusatzversorgung auch in den neuen Bundesländern eingeführt. Von 1967 bis 2001 galt für die Zusatzrenten im öffentlichen Dienst das Gesamtversorgungssystem: Die Summe aus gesetzlicher Rente plus Zusatzversorgung sollte in etwa den Beamtenpensionen entsprechen. Mit dem Altersvorsorgeplan 2001 haben die Tarifvertragsparteien das Recht der Zusatzversorgung grundlegend reformiert. Das bisherige Gesamtversorgungssystem wurde durch ein neues, modernes Betriebsrentensystem nach dem Punktemodell abgelöst.

In den alten Bundesländern finanzieren Versicherte und beteiligte Arbeitgeber die „VBLklassik“ noch im Umlageverfahren nach einem solida-



## TARIFGRUPPE GdP-DIREKTIONSGRUPPE KOBLENZ

rischen Prinzip: Ähnlich wie in der gesetzlichen Rentenversicherung fließen eingezahlte Gelder von Arbeitgebern und Beschäftigten unmittelbar in die Betriebsrenten. Mit der Reform der Zusatzversorgung im Jahr 2012 haben Tarifpartner und die VBL sich geeinigt, die „VBLklassik“ langfristig auch kapitaldeckend zu finanzieren. Die Höhe der Betriebsrente richtet sich nach der Anzahl der Versorgungspunkte. Je nach Alter und Entgelt erwirbt der Versi-

cherte jährlich Versorgungspunkte. Für die Berechnung der Versorgungspunkte nimmt die VBL sogenannte Altersfaktoren zur Hilfe. Je jünger der Versicherte ist, desto höher ist der Altersfaktor, weil eine längere Verzinsung zu erwarten ist. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Zusatzversorgung durch die VBL für unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich eine unverzichtbare Säule in der Altersversorgung darstellt.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde unser Kollege Michael Schöndorf von der Kreisgruppe (KG) Rhein-Mosel aus der Tarifgruppe verabschiedet, da er zukünftig bei der Bundespolizeiinspektion Bexbach verwendet wird und damit in die KG Saarland wechselt.

Mit einem ausführlichen Erfahrungsaustausch zu aktuellen Angelegenheiten aus den Kreisgruppen und der Direktionsgruppe Koblenz klang die Veranstaltung aus. **HGM**

## KREISGRUPPE BAD BERGZABERN

**Betreuung durch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auch im 2. Dienstjahr. – JUNGE GRUPPE der GdP-Kreisgruppe (KG) Bad Bergzabern feierte einen „Feuerabend“.**

Die JUNGE GRUPPE der GdP-Kreisgruppe Bad Bergzabern, allen voran Alois Fischer und Falco Engel, veranstalteten für die, aus dem Bundespolizei- und -fortbildungszentrum Swisttal ausgelagerten Polizeimeisteranwärterinnen und -anwärter in Bad Bergzabern einen „Feuerabend“. Feuer brachte Menschen schon zu Urzeiten zusammen und stellt ein Symbol für Gemeinschaft dar. So nutzte die Kreisgruppe aus der Südpfalz dies, um den neu dazugekommen Kolleginnen und Kollegen des 2. Dienstjahrs sowie dem Stammpersonal der Bundespolizeiabteilung Bad Bergzabern eine Zusammenkunft am Feuer zu ermöglichen. Für manche Beschäftigten war das Empfinden ähnlich wie im erzählten Höhlengleichnis des Sokrates. Gerade deshalb nahmen wir uns als Gewerkschaft der Polizei die Zeit, um aufzuklären, was wir als GdP bereits bewirkt haben und zukünftig noch ermöglichen wollen. Bei knisterndem Lagerfeuer und Getränken wurde somit zu den Eckpunkten unseres – bereits auf den Weg gebrachten – gewerkschaftlichen Konsolidierungsprogramms für die Bundespolizei diskutiert.

Der Vorsitzende der Bad Bergzaberner KG, Michael Koch-Erlenwein, stellte nämlich die Eckpunkte des GdP-Konsolidierungsprogramms dezidiert vor und die Anwesenden waren zu den GdP-Forderungen ä-

berst interessiert. Diese Beachtung betraf einerseits den aus unserer Sicht unabdingbaren Stellenmehrbedarf, andererseits den durch die GdP geforderten zukünftig aufzustockenden Sachhaushalt für die Bundespolizei. Außerdem wurden die aus Gewerkschaftssicht unvermeidbaren Aufstiegsmöglichkeiten sowie die geforderten Änderungen im Bundesbesoldungsgesetz – und hierbei besonders wieder die Gewährung des Anwärtersonderzuschlages (§ 63 Bundesbesoldungsgesetz) – dargelegt und erörtert. Im Weiteren wurde dementsprechend auch das Ansinnen, dass ab dem 2. Ausbildungsjahr in Analogie der Landespolizei Bayern die Bezahlung unserer Anwärterinnen und Anwärter nach Besoldungs-

gruppe A 5 Platz greifen sollte, sehr positiv aufgenommen. Auch unsere GdP-Forderung, das Eingangsamt im mittleren Polizeivollzugsdienst analog der Polizei Schleswig-Holstein nach Besoldungsgruppe A 8 anzuhängen, wurde aufmerksam und zustimmend verfolgt. Alles in allem verlebten die anwesenden Kolleginnen und Kollegen an einem lauen Sommerabend eine gelungene GdP-Veranstaltung an der Südlichen Weinstraße. **MK**



**Zeichneten für eine gelungene GdP-Willkommens- und Betreuungsveranstaltung verantwortlich (v. l. n. r.): Alois Fischer, Michael Koch-Erlenwein sowie Falco Engel. Foto: GdP**

## NACHRUF

Tief betroffen nehmen wir Abschied von unserem geschätzten Kollegen

### Helmut Arndt

der am 12. September 2016 im Alter von 82 Jahren verstarb. Wir trauern um einen lebenswerten Kollegen, der sich aktiv an unseren Monatstreffen und Aktivitäten engagiert beteiligte. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Gerhard Landgraf – für die Seniorengruppe der GdP-Kreisgruppe Berlin**



**POLITISCHE GESPRÄCHE**

**Unter: [gdpbundespolizei.de/2016/10/haushaltsgespraech-im-bundestag/](http://gdpbundespolizei.de/2016/10/haushaltsgespraech-im-bundestag/) berichtete der **Bezirk Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) über die am 30. September 2016 stattgefundenen Berichterstattungsprache zum Haushalt 2017.****

Bundestagsabgeordnete, die wegen ihrer Ausschusszugehörigkeit detailliert mit den Forderungen der GdP zur Fortentwicklung der Bundespolizei betraut sind, benötigen jedoch auch die Unterstützung anderer Abgeordneter ihrer jeweiligen Fraktionen für die Beschlussfassungen im Bundestag. Deshalb bat der Bezirk darum, die jeweiligen Wahlkreisabgeordneten hinsichtlich der Belange der Bundespolizei zu sensibilisieren und um Unterstützung für unsere Vorstellungen zu ersuchen.

Bei einem Treffen mit dem Mitglied des Bundestages (MdB) Dr. Hans-Joachim Schabedoth – Abge-



**Die GdP nutzt alle Optionen der Einflussnahme, wie hier bei der Übergabe unserer Positionen durch Judith Hausknecht (links) an Dr. Hans-Joachim Schabedoth (rechts).**

**Foto: GdP**

ordneter des Wahlkreises 178 Hochtaunuskreis – wurden ihm durch das Vorstandsmitglied der GdP-Direktionsgruppe Frankfurt/Main Flughafen, Judith Hausknecht, deshalb das Konsolidierungsprogramm der GdP und die Stellungnahme des Bundespolizei-Hauptpersonalrates übergeben. In einem Austausch hierzu wurde ihm insbesondere die Notwendigkeit der Attraktivität der Bundespolizei – auch und gerade im Rhein-Main-Gebiet als Hochpreisregion – dargelegt. Im Hinblick auf die derzeitige Gefährdungslage ist neben einer guten Besoldungsstruktur mit Aufstiegsmöglichkeiten jedoch auch eine optimale persönliche Schutzausstattung erforderlich. MdB Dr. Hans-Joachim Schabedoth ist sich des Erfordernisses eines gut aufgestellten Sach- und Personalhaushaltes für die Bundespolizei bewusst und sagte seine Unterstützung zu.

**JH**

**Ende September folgten der Vorsitzende Delio Bocchini und der Geschäftsführer der Kreisgruppe Zoll Rhein-Hessen-Saar der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Robert Gensmann, der Einladung des rheinland-pfälzischen Innenministers Roger Lewentz zu einem Arbeitsbesuch ins Mainzer Innenministerium.**

Anlass war die Fortsetzung der im vergangenen Jahr begonnenen Gespräche zur Problematik der fehlenden bundesweit einheitlich geltenden Eilzuständigkeit von Zollvoll-

zugskräften. Bei dem im Ministerbüro geführten intensiven Meinungsaustausch verdeutlichten die beiden GdP-Vertreter aus ihrer Sicht die Notwendigkeit der Einführung der Eilzuständigkeit, wie es schon in den Polizeigesetzen der Länder Hessen und Saarland festgeschrieben wurde. Bei ihren Tätigkeiten werden Zollvollzugskräfte im Dienstalltag mit Sachverhalten konfrontiert, bei denen sofortiges polizeiliches Handeln auch außerhalb der vom Zoll verfolgten Deliktsbereiche geboten ist. Um die hier notwendige rechtliche Klarheit und Sicherheit für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu schaf-

Allerdings werde es in Abstimmung mit der Ministerpräsidentin Malu Dreyer und dem rheinland-pfälzischen Innenausschuss – entgegen anderslautender Meldungen – keine weitere „Insellösung“ bei der Eilzuständigkeit für Zollvollzugskräfte im Bundesland Rheinland-Pfalz geben. Die Lösung des Problems liege eindeutig beim Bund.

Daher werde er in der Innenministerkonferenz einen Vorstoß unternehmen, um durch die Aufnahme der Zollvollzugskräfte in das Bundespolizeibeamtengesetz endlich eine bundesweit einheitliche Regelung zu erreichen.

Sehr interessiert zeigte sich der Minister aber auch an den Vorschlägen der GdP zur besseren Einbindung des Zollvollzuges in die Sicherheitsarchitektur des Landes. Die Fortführung des weiterhin notwendigen Dialogs zwischen der GdP-Kreisgruppe Rhein-Hessen-Saar und dem Minister wurde beiderseits vereinbart.

**DB/RG**



**Klarheit für die Eilzuständigkeit unserer Kolleginnen und Kollegen im Zoll ist dringend vonnöten. Darüber bestand Einigkeit zwischen Roger Lewentz, Robert Gensmann und Delia Bocchini. Foto: GdP**

fen und die wechselseitige Unterstützung von Zoll- und Polizeibeamten zu gewährleisten, ist eine bundesweite Regelung der Eilzuständigkeit unabdingbar. Minister Lewentz machte klar, dass er von der hervorragenden Arbeit der Zöllnerinnen und Zöllner überzeugt sei und die geschilderte Problematik sehe.



## MITGLIEDERVERSAMMLUNG UND NEUWAHL

**Im Rahmen der Mitgliederversammlung am 10. Oktober 2016 erfolgten die Neuwahlen des Vorstands der Direktionsgruppe (DG) Frankfurt/Main Flughafen der Gewerkschaft der Polizei (GdP).**

Zuvor erging – unter der souveränen Versammlungsleitung von Sascha Liedtke – der Tätigkeitsbericht des amtierenden DG-Vorsitzenden Martin Schmitt. Dabei reflektierte der Flughafen-GdP-Chef auf die Personalratswahlen im Frühjahr 2016 und dankte allen Kolleginnen und Kollegen, die den GdP-Vertreterinnen und -Vertretern ihre Stimme zuerkannten, aber auch allen, die in Vorbereitung und Durchführung dieser Wahlen hilfreich zur Seite standen. Denn unsere Einflussnahme als GdP, so Martin Schmitt, wurzelt ohne Wenn und Aber in der Personalratsarbeit. Und diese zeichnet sich durch Verlässlichkeit, Kompetenz und Vertrauen aus und mündete in der Vergangenheit darin, immer wieder für Gerechtigkeit beitragen zu helfen.

Unser unumstrittenes Einbringen in die Abläufe und das Miteinander in der Dienststelle besteht insbesondere in dem „Schlagen von Brücken“ bei den sogenannten „weichen“ Themen, zum Beziehen von Positionen auch über die Mitbestimmung hinaus sowie zu einer sehr guten Vernetzung innerhalb unserer GdP-Familie Bundespolizei. So trägt die Vernetzung dieser Arbeit mit dem Einfordern von

Stellen und günstigeren Bezahlungsstrukturen auch „unsere“ Handschrift. Ebenso die Erhöhung der Zahlbarmachung unselbstständiger Besoldungsbestandteile für den Dienst zu ungünstigen Zeiten als auch die Festlegungen zur Erschweriszulagenverordnung, um nur einige Highlights der letzten Amtszeit zu benennen.

Zum Thema Kaufkraftausgleich für Hochpreisregionen werden wir uns als GdP auch nicht von dem eingeschlagenen Weg abbringen lassen und die erforderlichen Gespräche mit politisch Verantwortlichen führen. Darüber hinaus wurden weitergehend die kleinen und großen Erfolge unserer Arbeit der vergangenen vier Jahre angesprochen. Nach dem Kassenprüfbericht erfolgte dann auch die Entlastung des Vorstands, die einstimmig erfolgte.

Die Neuwahlen brachten keinerlei Überraschungen. Martin Schmitt steht dem Flughafen-GdP-Vorstand wiederum als Vorsitzender vor; ihm unterstützend zur Seite ist Patricia Rubey für die Finanzen und Judith Hausknecht als Schriftführerin verantwortlich. Die stellvertretenden Vorsitzenden für die kommenden vier Jahre heißen: Joachim Jungk, Torsten Schmitt, Michael Keßler und Kersten Thielmann. Katharina Schön wurde als stellvertretende Schriftführerin gewählt und Gabriele Kunzelmann zeichnet als stellvertretende Kassiererin verantwortlich. Im Anschluss erfolgten Abstimmungen zu den Beisitz-



**Verlässlichkeit auch in den nächsten Jahren durch die GdP-Verantwortlichen Judith Hausknecht, Martin Schmitt sowie Patricia Rubey (v. l. n. r.). Zusammen mit den anderen Vorstandsmitgliedern, Beisitzern und unseren Mitgliedern soll der eingeschlagene Weg fortgesetzt werden. Geht es doch insbesondere darum, ein gutes Auskommen im Miteinander des Berufsalltags an unserer besonderen Dienststelle zu finden. Foto: GdP**

zerinnen und Beisitzern im Vorstand sowie zu den Kassenprüfern. – Alle Vorschläge erhielten das einstimmige Votum der anwesenden Mitglieder.

**MS**

## NEWSLETTER

Schon gewusst? – Der Bezirk Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) veröffentlicht in regelmäßigen Abständen einen Newsletter, der unseren Mitgliedern, die auf diese Option der Informationsergänzung reflektieren bzw. diesen Newsletter abonniert haben, übersandt wird. Deshalb sei an dieser Stelle nochmals auf diesen Service eurer GdP hingewiesen, der Wissenswertes über unseren Internetauftritt sowie unsere Mitgliederzeitschrift ergänzt. Die Anmeldung erfolgt online über unsere Startseite:

**gdpbundespolizei.de**  
in der Menüleiste „Newsletter“.

## NACHRUF

Tief betroffen nehmen wir Abschied von unserem Kollegen

### Jörg Bohl

der am 8. Oktober 2016 plötzlich und unerwartet im Alter von nur 51 Jahren viel zu früh verstarb.

Jörg Bohl war Angehöriger unserer Bundespolizeiinspektion Deutsche Bundesbank und engagierte sich viele Jahre in der GdP und als Mitglied in der Personalvertretung der Bundespolizei.

Wir trauern um einen beliebten und anerkannten Kollegen und unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Roland Voss – für die GdP-Direktionsgruppe Koblenz**



**POLITISCHE GESPRÄCHE**

**Am späten Nachmittag des 11. Oktober 2016 trafen sich Vorstandsmitglieder der Direktionsgruppe Frankfurt/Main Flughafen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit der Generalsekretärin der hessischen SPD und Landtagsabgeordneten Nancy Faeser in Wiesbaden zu einem Meinungsaustausch.**

Drei Themen standen dabei im Vordergrund: Die Situation der Luftsicherheitsassistentinnen und -assistenten im Hinblick auf die Initiativen der GdP aus dem Jahr 2012 zum sogenannten Frankfurter Appell bzw. zur Festlegung von Verantwortlichkeit von Luftsicherheit in Deutschland, ein möglicher Kaufkraftausgleich für Hochpreisregionen sowie Überlegungen einer Förderung des Wohnungsbaus durch die öffentliche Hand.

Hierzu vereinbarten Judith Hausknecht, Martin Schmitt sowie Joachim Jungk diesen Erörterungstermin, um Beratungen anhand der Themen, die bei unserer Dienststelle

gewerkschaftspolitisch auf der Tagesordnung stehen, mit der SPD-Politikerin aus dem Main-Taunus-Kreis zu führen. Hintergrund: Nancy Faeser brachte und bringt sich bei den Diskussionen zu einer Anerkennung des Berufsbildes der Luftsicherheitskontrollkräfte als Ausbildungsberuf im Besonderen ein und unterstützt die Absichten, die hinter dem Frankfurter Appell standen, uneingeschränkt. Und exakt diese Problematik muss wieder, so die GdP-Vertreter, auf die politische Tagesordnung, um diesen Beschäftigten nicht nur eine besondere Qualifikation zuzuerkennen, sondern auch optionale Anschlussverwendungen zu ermöglichen. Denn Sicherheit hat ihren Preis; gerade in diesen Zeiten. Damit einher gehen auch die Forderungen des GdP-Bezirks Bundespolizei, dass die Verantwortlichkeit im Bereich der Luftsicherheit in eine Hand gehöre. Und dazu kann u. E. nur eine Behörde eine entsprechende Gewähr bieten. – Das Grundproblem, nämlich die wachsende Zahl von Akteuren in einem diffusen Zuständigkeitsdschun-

gel, wurde bis dato noch nicht gelöst. Ein Wust an Behörden und Privatunternehmen in immer unüberschaubareren Strukturen sind beispielsweise für die Einstellung, Zuverlässigkeitsüberprüfung, Beilehung, Einweisung und Fortbildung von Personen zuständig. Auch der nunmehr vorgelegte Entwurf eines neuen Luftsicherheitsgesetzes ist inkonsequent und nicht nachhaltig. Die GdP fordert dringend eine Beendigung des Kompetenzwirrwarrs und die Bündelung der Kompetenzen für die Passagier-, Fracht- und Gepäckkontrollen und für die Zuverlässigkeitsprüfung aller Beteiligten in einer Hand bei einer ggf. bundeseigenen Körperschaft des öffentlichen Rechts. Nancy Faeser sagte den GdP-Verantwortlichen zu, sich hierfür auf Landes- bzw. Bundesebene stark zu machen, da sie die gewerkschaftlichen Vorstellungen für einen zukunftsfähigen Weg in die richtige Richtung ansieht.

Kritischer sieht sie, dass es seitens der schwarz-grünen hessischen Landesregierung Förderoptionen zum Wohnungsbau geben werde. Hierzu sieht die Sozialdemokratin keinerlei Ansätze der Regierenden in Hessen; und dieses leider trotz günstiger Kasenslage. Der Ansatz der GdP-Vertreter war nämlich der, dass für den „Personalmagneten“ Frankfurter Flughafen mit seinen auch weiterhin Platz greifenden notwendigen Zuwächsen der Bundespolizei, – um letztendlich auch endlich Wege aus der Abordnungsfalle für unsere Dienststelle zu beschreiten –, Angebote aus sozialen Wohnungsbauprojekten den neuen Kolleginnen und Kollegen offeriert werden können. Das Land Hessen wird sich trotz der sich abzeichnenden Notwendigkeit auch für hessische Landesbeschäftigte zu diesem Weg nicht entschließen. Für Nancy Faeser ein nicht nachzuvollziehender Umstand.

Eine gleichlautende Einschätzung erging leider auch in Bezug auf die GdP-Überlegungen zu einem Kaufkraftausgleich; – hierzu wird man auf die Einflussnahme auf Bundesebene – und insbesondere der Sozialdemokratie – setzen müssen. Die Landtagsabgeordnete sagte der GdP hierzu ihre Unterstützung, insbesondere durch ihren Einfluss als Generalsekretärin im SPD-Landesvorstand bei den Mandatsträgern der SPD-Bundestagsfraktion zu.



**Die GdP-Vertreter Martin Schmitt (links), Judith Hausknecht (2. von links) und Joachim Jungk (rechts) hatten nicht nur das Konsolidierungsprogramm der GdP für die Bundespolizei im Gepäck, sondern überreichten Nancy Faeser auch einen GdP-Teddy für ihren kleinen Sohn.**

Foto: GdP

MS

